

## Gabriela Suter – Unsere Wahl für den Ständerat



Sie ist die Frau, die es ändern kann:  
Gabriela Suter.

Seit vier Jahren ist die Aargauer Vertretung im Ständerat rechts und männlich. Da fehlt die Stimme jener Menschen, denen der Ausbau von erneuerbaren Energien und des öffentlichen Verkehrs wichtig ist oder jener Menschen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern wollen.

Gabriela Suter bringt diese starke, solidarische und umweltfreundliche Stimme mit sich. Wir haben mit ihr eine Frau mit reicher beruflicher und politischer Erfahrung. Sie besitzt die Voraussetzungen für den Ständerat: Sie gewann legislative Erfahrungen im Einwohnerrat Aarau, im Grossen Rat des Kantons und seit 2019 im Nationalrat. Sie erfüllte bedeutende Funktionen als Parteipräsidentin auf lokaler und kantonaler Ebene, sowie als Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Zusammengefasst: Gabriela Suter ist eine sehr erfahrene, sachorientierte Politikerin mit einer beeindruckenden Fähigkeit, wichtige Themen voranzubringen.

Zudem kennt Gabriela die Vielfalt der Gegenden des Kantons bestens und kann die verschiedenen Anliegen des Aargaus in Bern ausgezeichnet repräsentieren. Wie jede Wahl gewinnen wir auch diese nur gemeinsam. Wenn auch du einen solidarischen und ökologischen Aargau fördern willst, unterstütze die Kandidatur unter: [komitee.gabrielasuter.ch](mailto:komitee.gabrielasuter.ch)

Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Einwohnerrätin.



# Für den ökologischen und sozialen Aargau ins Stöckli



Gabriela Suter ist Nationalrätin aus Aarau. Sie kandidiert 2023 für den Ständerat. Hier könnt ihr euch in ihre Unterstützungsliste eintragen: [gabrielasuter.ch/komitee](mailto:gabrielasuter.ch/komitee)

### Es braucht die ökologische und soziale Stimme des Aargaus im Stöckli.

*Liebe Genoss:innen*

Am 16. August haben mich die Delegierten einstimmig als Ständeratskandidatin der SP Aargau für die Wahlen 2023 nominiert. Für das grosse Vertrauen und die überwältigende Unterstützung danke ich von Herzen. Es ist mir eine Ehre, diese herausfordernde Aufgabe zu übernehmen, und ich trete sie mit viel Freude und mit vollem Engagement an.

Der Aargau wird momentan von zwei rechtskonservativen Männern im Ständerat vertreten. Zusammen repräsentieren sie nur etwa die Hälfte der Aargauer

Bevölkerung. Sozialer Ausgleich, Steuergerechtigkeit und sozialverträglicher Klimaschutz sind für sie Fremdwörter. Es braucht einen Wechsel! In der aktuellen Krisenzeit ist dies nötiger denn je. Denn gerade in diesen Zeiten enormer Umwälzungen müssen die Kaufkraft der Menschen geschützt, der Service public gestärkt und die Dekarbonisierung vorangetrieben werden.

Ab der nächsten Legislatur soll wieder die ganze Breite der Aargauer Bevölkerung im Stöckli abgebildet sein. Unser vielfältiger Kanton hat eine fortschrittliche, ökologische und soziale Standesstimme in Bern verdient. Dafür trete ich an. Die SP als stärkste politische Kraft im Mitte-links-Spektrum hat Anspruch auf eine Vertretung im Ständerat.

Bereits in den nächsten Wochen werde ich auf euch zukommen, um eure Ideen für die Wahlkampagne abzuholen und diese zusammen mit euch aufzubauen. Ziel ist es, im ersten Halbjahr 2023 in allen Bezirken thematische Veranstaltungen anzubieten. Die Bevölkerung soll sich niederschwellig mit uns

treffen und austauschen können. Mir ist wichtig zu erfahren, wo der Schuh in den Regionen drückt – damit wir gemeinsam politische Lösungen erarbeiten können. Diese Vorkampagne soll eure Aktivitäten rund um die Nationalratswahlen in den Bezirken ergänzen und unterstützen.

Ich bin überzeugt: Wenn wir uns als Team begreifen und an einem Strick ziehen, können wir unsere Ziele erreichen. Gemeinsam schaffen wir es, genügend Menschen von unserer Politik und unseren Projekten für eine solidarische und ökologische Schweiz zu überzeugen. Danke, dass ihr dabei mithelft, unsere drei Nationalratssitze zu verteidigen und den Ständeratssitz zurückzuholen!

*Mit grosser Vorfreude auf unsere Zusammenarbeit und mit herzlichen Grüssen, Gabriela*

*P. S.: Habt ihr bereits jetzt Anregungen oder Fragen? Bitte wendet euch jederzeit an mich: [gabriela.suter@parl.ch](mailto:gabriela.suter@parl.ch) oder 076 432 40 27. Ich bin gespannt auf eure Ideen!*

# LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
202 · Ausgabe AG · Oktober 2022



## STROMMANGEL IM AARGAU

# So geht kluge, linke Energiepolitik!

**Allen Fachleuten ist es klar: Höchstwahrscheinlich haben wir anfangs 2023 zeitweise zu wenig Strom. Was wäre aus linker Sicht zu tun?**



Leo Keller von Aarau  
ist Präsident des  
Fachausschusses Energie  
und Klima der SP Aargau.

**1. Die mögliche Stromknappheit wirft ihre Schatten voraus – die Strompreise explodieren – der Markt versagt.** Noch haben wir keine Stromknappheit, doch die Strompreise für den kommenden Winter gehen durch das Dach, weil alle die Stromknappheit erwarten. Der Markt versagt, wenn die Knappheit von lebensnotwendigen Gütern wahrscheinlich wird. Am 6. September 2022 liegt der Strompreis an der europäischen Strombörse um den Faktor 10 höher als vor einem Jahr. Die AXPO rechnet damit, dass er weiter steigen kann, und holt sich darum beim Bund einen «Sicherheitskredit» von 4 Milliarden. Und die Schweiz hofft, dass die 30 (von 56) stillstehenden französischen AKW, bis im Winter wieder laufen. Denn dann wäre der Spuk vorbei.

**2. Der Regierungsrat will nichts unternehmen, damit die Stromknappheit gar nicht eintritt – sie will nur die Folgen besser abfedern.** Die Aargauer Regierung präsentierte am 18. August ihren Plan, um die Mangellage zu bewältigen – aber sie hat keinen, um die Mangellage zu verhindern! Alles, was sie tut, ist, die kommende Katastrophe «gerechter» und «rationaler» zu verteilen. Und es wird deutlich, dass die möglichen volkswirtschaftlichen Schäden enorm wären. Dabei wäre es für den Kanton und die Gemeinden recht einfach, wichtige Beiträge zur Verhinderung zu leisten. Sie müssten sofort und ganz entschieden eine PV(Photovoltaik)-Zubau-Offensive und ein Strom-Effizienzsteigerungsprogramm starten.

**3. Aber niemand fühlt sich für den schnellen Zubau verantwortlich.** Alle starren auf den Bund, der nicht darf, auf den Kanton, der so tut, als ob das nicht seine Aufgabe sei, und auf die «Energiewirtschaft», die nicht will. Ein eigenartiges Vakuum ist spürbar.

Und niemand wagt auszusprechen, dass die Strom-Wirtschaft zu über 80 Prozent der öffentlichen Hand (Kantone, Gemeinden) gehört. Aber diese wagt sich nicht, als Eigentümer aufzutreten und ihren Firmen zu sagen, was sie von Ihnen erwartet: ihren Schweizer Kunden zuverlässig Strom zu einem vernünftigen Preis zu liefern und auf exorbitante Gewinne zu verzichten. Die Gemeinden müssen als Eigentümer wieder direkten politischen Einfluss darauf nehmen, dass ihre Werke die Besitzerinteressen an zuverlässigem, nachhaltigem Strom zu fairen Preisen wieder zum Zentrum ihrer Ziele machen.

**4. Eine linke Energiepolitik in dieser Mangellage muss das Ganze sehen und verschiedene Teile gleichzeitig richtig machen:** Eine «solidarische Bewegung» entfachen; ganz gezielt alle Akteure engagieren, motivieren, ermächtigen und unterstützen (Gemeinden, Energieversorgungsunternehmen EVU, Betriebe, Hausbesitzerinnen, Schulen und Hochschulen ...).

Nachhaltigkeit leben, das kurzfristige Handeln (Grundbedürfnisse für alle sichern) mit den langfristigen Zielen (die Energie-wende sichern) in Einklang bringen.

Gerechtigkeit schaffen, indem wir die Krisen-Gewinnler stoppen, die Superprofite abschöpfen, also die Preise für Schweizer Kunden deckeln. Freiheit und Entfaltung ermöglichen, indem wir den verschiedensten Gruppen Raum für Innovationen und Veränderungen geben, die mithelfen, unser Ziel, die Stromlücke zu verhindern, zu erreichen

**5. Die öffentliche Hand muss jetzt notfallmässig PV-Strom zubauen.** Die Gemeinden, die Kantone und ihre Energiefirmen, nicht aber der Bund, haben diese Rechte und Pflichten, den Strom herzustellen oder herstellen zu lassen. Und diese Pflicht müssen sie jetzt wahrnehmen.

Der Regierungsrat kann sofort an den Autobahnböschungen PV-Anlagen erstellen, der Bund gibt diese kostenlos frei. Dazu haben wir einen Projektplan erstellt [www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/pv-programm-an-den-autobahnen/](http://www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/pv-programm-an-den-autobahnen/)



Unsplash/Michael Förtsch

Die Gemeinden können auf ihrem Gebiet ebenso schnell PV-Anlagen an Lärmschutzwänden, auf Dächern und an den Fassaden der gemeindeeigenen Gebäude und Anlagen errichten [www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/pv-programm-für-gemeinden/](http://www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/pv-programm-für-gemeinden/)

Die 101 EVU's können per sofort die Rücklieferatarife für private PV-Strom-Einspeiser von heute 5–10 Rp/KWh auf 15–20 Rp/KWh erhöhen. Und sie verpflichten sich, diese Preise während 10 Jahren zu garantieren. [www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/pv-programm-für-EVU/](http://www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/pv-programm-für-EVU/)

**6. Effizienz-Programme bei Unternehmen und Hausbesitzer:innen durchführen.** Die massiven und unerwarteten Preisexplosionen haben auch eine gute Seite – plötzlich wird es lohnend, das bisherige (verschwenderrischen) Strom-Konsum-Verhalten zu überprüfen. Aus einer umfangreichen Studie des BfE wissen wir, dass im Aargau mit sehr wenig Aufwand rund 160 GWh /Jahr eingespart werden könnten – das ist mehr als die AEW mit ihren Kraftwerken selber produziert. Dazu bedarf es aber eines intensiven Informations- und Schulungsprogramms [www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/stromsparen-für-Betriebe/](http://www.energiespaargau.ch/dokumente/strompolitik/stromsparen-für-Betriebe/)

## GASMANGEL IM AARGAU

# Wie geht gerechtes Frieren?

**1. Der Gasmangel in Europa ist real – im Aargau sind 17 Prozent der Haushalte und Betriebe vom Gas abhängig.** Im Aargau versorgen 12 verschiedene Gaswerke rund 50 Prozent der Gemeinden mit Gas. Gas ist im Aargau überproportional wichtig. 17 Prozent des Energieverbrauchs stammen im Aargau aus Gas. Im schweizerischen Durchschnitt sind es nur 12 Prozent. 7 Gaswerke sind im Aargau zu Hause, 5 in benachbarten Kantonen. Der Gaspreis ist bei den meisten Haushalten seit 2021 bereits um 70–90 Prozent gestiegen. Für das Jahr 2023 erwartet die Branche nochmals einen massiven Preisaufschlag – wie gross er sein wird, wagt zur Zeit keines der angefragten Werke zu prognostizieren. Einzelne reden von nochmals 100 Prozent. Dann wäre der Gaspreis bei 30–40 Rp/KWh angelangt. (eine genaue Zusammenstellung der Gasversorgung in jeder Gemeinde findet sich auf [www.energiespaargau.ch/dokumente/der-Gasmarkt-im-Aargau/](http://www.energiespaargau.ch/dokumente/der-Gasmarkt-im-Aargau/))

**2. Die 12 Gaswerke im Aarau tun ihr Bestes – und kaufen kräftig ein.** Die Gaswerke haben lange gezögert, bis im Juni hat sich fast nichts getan. André Dosé\* meinte, man hätte im März das notwendige Gas für 1–2 Mia. kaufen können, jetzt – im Juli habe man bereits drei Mal mehr bezahlt. Die Gaswerke, die die Regionen Aarau, Zofingen, Wohlen, Lenzburg und Rheinfelden versorgen, haben kräftig in Frankreich/Algerien eingekauft. Sie haben 150 Prozent des letztjährigen Volumens bestellt. Wenn die Franzosen dann auch liefern werden, werden die Stuben in diesen Regionen nicht kalt sein. Wenn nicht (die Corona-Masken lassen grüssen), dürfte es bitter werden.

**3. Gassparen, aber wie? – das weiss niemand so genau.** 15 Prozent Gas will man sparen – das ist die europäische Übereinkunft. Ein Grad weniger Wärme im Haus soll 6 Prozent weniger Gasverbrauch bewirken. Wie man das machen will ausser über «Spar-Werbung», weiss bei den Gaswerken niemand so recht. Vielleicht hilft die ÖL-Versorgung, denn rund 50 Prozent des Gaskonsums geht bei den meisten Gasnetzen ins Gewerbe und in die Industrie. Und die Hälfte dieser Betriebe könnte ihre Gebäude auch mit Öl heizen (2 Stoff-Anlagen). Das könnte bei allen angefragten Gas-Netzen zu rund 25 Prozent Gas-

einsparungen führen – aber so ganz genau weiss es niemand, wenn man genauer nachfragt. Überhaupt: Die Datenlage (wer bei uns braucht wieviel Gas und warum?) ist bei den meisten der Angefragten kaum bekannt. Im Moment wird viel «grob geschätzt».

**4. Wie geht «gerechtes Frieren»?** Rund 20–25 Prozent der Wohnungen im Aargau werden mit Gas geheizt, mehr als 55 Prozent mit ÖL, eine kleine Gruppe mit Wärmepumpen (rund 10 Prozent), mit Holz (rund 2 Prozent) und mit Elektro-Direktheizungen (rund 5 Prozent). Bringt es etwas, wenn auch die Häuser mit Ölheizungen aus Solidarität ebenfalls die Raumtemperatur senken? Wer weiss, wie solidarisches Handeln für alle viel einfacher ist, wird das unterstützen. Wer sich generell für den Klimaschutz einsetzt, sowieso, denn «weniger ist das neue Normale». Seien wir solidarisch und senken wir unseren Ressourcenverbrauch – in allen Sektoren. Wir alle lernen das Neue – jetzt!

**5. Jetzt Effizienz-Programme durchführen – dank den Preissteigerungen wirkt es.** Die androhte Gasknappheit und die Energiepreisteigerungen im Strom und Gas haben auch ihre guten Seiten: Energieeffizienz wird belohnt. Das müssen wir deutlich herausstreichen und auch nutzen – für den Umbau der Energiewirtschaft und für die breite Respektierung der Grenzen unseres Planeten. Gas-Sparen, Energie-Sparen können wir so zum Anlass nehmen, bei allen Prozessen im Haus und in den Unternehmen zu fragen, wo

«Verbrauch ohne Nutzen» (VON) stattfindet, wo wir mangels «Intelligenz» Energie sehr ineffizient nutzen (wir «verdummen» 1/3 der Energie), wo wir also einsparen können ohne Verzicht an Lebensqualität. Eine umfangreiche Liste von konkreten Möglichkeiten finden die Leserinnen unter [www.energiespaargau.ch/dokumente/Effizienzprogramme-im-Haus-und-im-Betrieb](http://www.energiespaargau.ch/dokumente/Effizienzprogramme-im-Haus-und-im-Betrieb).

**6. Hat Gas überhaupt eine Zukunft?** Spätestens jetzt, in der die Gasversorgung zur strategischen Waffe geworden ist, müssen wir unbedingt über die Zukunft der Gas-Energie reden. Denn eigentlich hat Gas als Wärmequelle keine Zukunft. Erdgas muss verschwinden (Decarbonisierung) und Biogas und synthetisches Gas sind auch in Zukunft viel zu teuer und zu kostbar, um damit Raumwärme im Schweizer Mittelland zu erzeugen.

Dort stehen schon heute viel billigere Lösungen bereit. Und neue Investitionen in eine Erneuerung der Gasnetze oder gar in einen Ausbau der Gasinfrastruktur (so Gaslager, Flüssiggas-Terminals) müssen ab sofort unbedingt verhindert werden.

«Green Gas» müssen wir für industrielle Hochtemperaturprozesse, und für Regionen ohne Stromnetzversorgung reservieren. Auch das ist ein Teil einer solidarischen Klimazukunft.

\* André Dosé ist Präsident der Netzbetreiber-Gesellschaft Swissgas und vom Gasverbund Mittelland.

Leo Keller und der Fachausschuss Energie und Klima der SP Aargau.



Unsplash / Mykola Makhlai

## NEU IM GROSSEN RAT Stefan Dietrich



**Am 6. September wurdest Du als Grossrat vereidigt. Welche Kompetenzen und Interessen bringst Du mit?**

Politik, gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse beschäftigen mich seit vielen Jahren und lassen mich nicht los. Begonnen hat für mich alles mit dem brutalen Krieg in Jugoslawien. Ich wollte damals besser verstehen, wie es so weit kommen konnte und mich vor allem gegen Gewalt und Vertreibungen engagieren. Ich bin es gewohnt, im Team zu spielen und zu arbeiten, sowohl privat, beruflich und politisch. Gemeinsam können wir mit unseren unterschiedlichen Stärken mehr erreichen. Wenn möglich, spiele ich leidenschaftlich Schach, lese viel und gerne, bin offen für Neues. Mir ist es wichtig, aktiv zu werden und handelnd Einfluss auf Veränderungen zu nehmen.

**Für welche Anliegen willst Du Dich im Grossen Rat engagieren? Warum?**

Berufsbedingt interessiere ich mich besonders für bildungspolitische, aber auch soziale und kulturpolitische Themen. Bildung ist für mich aber viel mehr auch ein Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Auch der Umgang mit Geflüchteten stellt für mich einen Spiegel unserer Gesellschaft dar. Hier sehe ich noch Handlungsbedarf.

**Wofür soll sich die SP (jetzt) besonders einsetzen?**

Als Linke im bürgerlich dominierten Aargau sollten wir uns auf unsere sozialdemokratischen Kernthemen konzentrieren – ganz nach unserem Wahlspruch «Für alle statt für wenige». Soziale Themen werden angesichts der internationalen Krisen auch bei uns im Aargau die Agenda stärker beherrschen. Für uns steht der einzelne Mensch im Mittelpunkt, und wir müssen konkrete, verlässliche Lösungen anbieten. Als einzige klar soziale und ökologische Partei setzen wir uns konsequent für alle ein und lassen niemanden zurück.

Der Historiker und Sekundarlehrer Stefan Dietrich von Bremgarten ist seit dem 6. September SP-Grossrat. Er ist Copräsident der SP Aargau.

# Stimmen zur Ständeratskandidatur von Gabriela Suter



Elisabeth Burgener-Brogli von Gipf-Oberfrick ist als SP-Grossrätin Präsidentin des Grossen Rates 2022.



Hermann Engler von Oberentfelden war Chef des damaligen KIGA (heute Amt für Wirtschaft und Arbeit).

## Es braucht viel SP im Ständerat

Die Klimakrise, der Erhalt der Kaufkraft, die explodierenden Gesundheitskosten, die ungewisse Europapolitik, die herausgeforderte Friedenspolitik ...

Wir haben nicht mehr viel Zeit; es braucht Lösungen, es braucht linke Lösungen, und es braucht Politiker:innen mit einer grossen Schaffens- und Überzeugungskraft, einem starken Willen und Durchhaltevermögen.

Gabriela Suter hat in den letzten drei Jahren bewiesen, dass genau das ihre Stärken sind. 2023 haben wir die Möglichkeit, wichtige Korrekturen – insbesondere im Stöckli – vorzunehmen. Geben wir alles, unterstützen wir Gabriela in ihrem Ständeratswahlkampf und setzen wir uns ein dafür, dass mindestens einer der zwei Sitze mit einer progressiven Stimme besetzt ist. Mit Gabriela.



Yvonne Feri von Wettingen ist SP-Nationalrätin.

## Es ist Zeit

Es ist wieder Zeit, dass der Aargau auch mit einer Frau im Ständerat vertreten ist. Das Amt erfordert grosse Kenntnisse der aktuellen politischen Herausforderungen und den Willen und die Energie, diese im Sinn der Bevölkerung zu bearbeiten. Und es braucht Zeit, denn im Ständerat arbeiten die Mitglieder in mehreren Kommissionen mit und sind stark beansprucht.

Gabriela Suter bringt dies alles mit. Gut vorbereitet durch ihre bisherige politische Erfahrung und ihrem Engagement wird sie im «Stöckli» eine gute Politik machen und die Aargauerinnen und Aargauer mit einer zeitgemässen sozialen und ökologischen Politik vertreten.

## Ein Glücksfall

Gabriela Suter hat sich bisher auf Gemeinde-, Kantons- und nun auch auf Bundesebene erfolgreich für die Interessen der nicht zur Elite gehörenden Menschen eingesetzt. Besonders am Herzen liegt ihr das Wohl der Umwelt und der kommenden Generationen. Gabriela geht gerne offen und freundlich auf andere Menschen zu. Sie drückt klar und verständlich aus, was sie denkt und was sie für richtig hält. Die Wahl von Gabriela Suter in den Ständerat wäre ein Glücksfall für den Aargau!



Sandro Covo von Bremgarten ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

## Gabriela Suter steht für Fortschritt und soziale Lösungen

Der Aargau wird seit den letzten nationalen Wahlen von zwei konservativen Männern im Ständerat vertreten. Das darf nicht so bleiben, wir brauchen Fortschritt, auch in der kleinen Kammer! Wir haben viele wichtige Themen, bei denen die Zeit drängt und bei denen wir nur mit fortschrittlichen und gleichzeitig sozialen Lösungen weiterkommen werden. Gabriela ist dafür die Richtige! Sie hat im Nationalrat bewiesen, dass sie Lösungen umsetzen kann und dabei auch die Interessen von Mensch und Umwelt erfolgreich vertritt. Gabriela steht für den Wandel, den wir so dringend brauchen. Und damit uns das gelingt, braucht es in den nächsten Monaten den Einsatz von allen in der Partei.

## GLOBALE MINDESTSTEUER FÜR KONZERNE

# Unbedingt verbesserungswürdig



Cédric Wermuth von Zofingen ist als Aargauer Nationalrat Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK und Co-Präsident der SP Schweiz.

Voraussichtlich nächstes Jahr stimmen wir über eine Verfassungsgrundlage ab, die die globale Mindeststeuer für Konzerne auch in der Schweiz einführen soll. Das ist an sich eine äusserst erfreuliche Sache. Seit Jahrzehnten kämpft die globale Linke hier für Standards. Die SP begrüsst die globale Mindeststeuer, auch wenn bei genauer Betrachtung viele Lücken bleiben. Die Mindestbesteuerung ist mit 15 Prozent nach wie vor sehr tief, und der globale Süden hat von der Reform direkt noch sehr wenig. Dennoch, der Schritt zu globalen Regeln für die Konzernbesteuerung ist zweifellos einer in die richtige Richtung.

## Die Tücken der Reform

Die innerschweizerische Umsetzung hat allerdings ein paar Tücken. Insbesondere deshalb, weil hierzulande die Unternehmensbesteuerung von Kanton zu Kanton stark unterschiedlich ausfällt. Mit der Reform fallen auch gewisse Sonderregelungen weg, insbesondere die sogenannte Patentbox\*. Das macht die Schätzung der zusätzlichen Einnahmen zwar etwas unsicher, aber nicht unmöglich. Weil sich der Bundesrat bisher weigert, Schätzungen pro Kanton vorzunehmen, hat die SP Schweiz eine eigene Studie in Auftrag gegeben.\*\*

Diese kommt zum Schluss, dass die gesamten Mehreinnahmen sich ungefähr in dem vom Bundesrat erwarteten Rahmen bewegen dürften, also irgendwo zwischen einer und zweieinhalb Milliarden Franken. Und dass zweitens diese Einnahmen, sofern man sie wie vom Bundesrat vorgeschlagen zu 75 Prozent an die Kantone zurückverteilt, zu sehr grossen Differenzen zwischen diesen führen. Insbesondere die Kantone Basel-Stadt (Stichwort Pharmaindustrie) und Zug als Konzernparadies profitieren enorm. Gleich dahinter kommt – nach Schätzung der Studie – übrigens der Aargau. Bei geschätzten Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden würden in Zug Zusatzeinnahmen von 1925 Franken pro Kopf anfallen, im Kanton Jura gerade mal noch 46 Franken. Ein Ver-

hältnis also von 1:42. Und hier liegt das Problem.

Würde das Parlament die Vorlage wie vom Bundesrat vorgeschlagen durchgehen lassen, hätte das enorme Auswirkungen auf den interkantonalen Steuerwettbewerb. Zug würde förmlich im Geld schwimmen und wäre fast gezwungen, andernorts die Steuern zu senken. Zum Beispiel, und genau das fordern gewisse Bürgerliche auch schon, bei den Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen. Damit würde eine neue Spirale des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen losgetreten. Mitten in einer Zeit, die eigentlich von der familienergänzenden Kinderbetreuung bis zur Abwendung der Klimakatastrophe nach grossen öffentlichen Investitionen verlangt.

Deshalb schlägt die SP Schweiz vor, an zwei Stellschrauben zu drehen: Einerseits am Bundesanteil und andererseits an der Verteilung unter den Kantonen. Wir haben verschiedene Modelle rechnen lassen. Klar ist: Würde ein grösserer Anteil der Gelder beim Bund verbleiben, könnten sie viel zielgerichteter eingesetzt werden, als wenn jeder Kanton selber etwas «chüechelet». Gerade wenn es um Fragen wie den Klimawandel, die Stützung der Kaufkraft oder eben mehr KITAS geht. Zweitens könnte der verbleibende Kantonsanteil ab einem bestimmten Betrag gedeckelt werden. Das käme den eher strukturschwachen Kantonen zugute, deren Sozialausgaben im Lichte der drohenden Energie- und Wirtschaftskrise sowieso steigen dürften.

Die für diese Mindeststeuer nötige Verfassungsänderung unterliegt einer Volksabstimmung. Geplant ist, die Mindeststeuer auf den 1. Januar 2024 einzuführen

\* Mit der Schweizer Patentbox steht seit 2001 Firmen, die in der Schweiz steuerpflichtig sind, eine Möglichkeit offen, Aufwendungen für Forschung und Entwicklung von den Steuern abzuziehen. Erträge aus in- oder ausländischen Patenten werden steuerrechtlich privilegiert behandelt.

\*\* Die Studie der SP ist zu finden unter:  
[https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/08/oecd-mindeststeuer\\_bericht\\_bss\\_12082022.pdf](https://www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2022/08/oecd-mindeststeuer_bericht_bss_12082022.pdf)

## NEU IM GROSSEN RAT

## Hanspeter Hubmann



**Du bist am 30. August im Grossen Rat vereidigt worden. Woher kommst Du? Welche weiteren politischen Ämter hattest oder hast Du? Wo bist Du berufstätig?**

Hanspeter Hubmann: Ursprünglich ein reiner Stadtmensch, aufgewachsen bin ich in Zürich, 1982 in die SP-11 eingetreten, dort eine Weile aktiv in der Kreisschulpflege. 2016 nach 15 Jahren in Niederweningen in die Nachbargemeinde Schneisingen gewechselt, aktuell Co-Präsident der SP Zurzibiet und Mitglied Bezirksschulrat und in der Regionalkonferenz Tiefenlager Nördlich-Lägern.

Als Job-Coach unterstütze ich Menschen jeglichen Alters, einzeln oder in Gruppen bei beruflicher Neuorientierung und Stellensuche, wobei der Bedarf anhand der momentanen Arbeitsmarktlage auf sehr kleiner Flamme läuft.

**Wofür engagierst Du Dich besonders? Warum?**

Ich habe in keiner Sparte eine Verdienstmédaille vorzuweisen. Natürlich will ich das Gespenst neuer AKW vertreiben helfen. Gleichzeitig bewegen mich die Klimafragen und die Bildungspolitik.

**Wofür sollte sich die SP (jetzt) besonders einsetzen?**

Die SP soll auf nationaler Ebene mit einer überzeugenden Energiestrategie nachhaltige Lösungen voranbringen. Den F-35 abschliessen. Die Revision der AHV und die Frauenanliegen getrennt angehen. Lokal die Bedeutung des lokalen Gewerbes in die Strategien einbeziehen.

Hanspeter Hubmann von Schneisingen ist Co-Präsident der SP Zurzibiet und Mitglied des Bezirksschulrates und in der Regionalkonferenz Tiefenlager Nördlich-Lägern aktiv. Seit dem 30. August 2022 ist er SP-Grossrat.

STIMMRECHTSALTER 16

**Demokratie  
mit Zukunft**

Gewiss wird die Einführung des Stimmrechtsalters 16 nicht riesige Änderungen zur Folge haben und gewiss gibt es auch grössere aktuelle Probleme auf unserer Welt: Krieg, Ungleichheit und Klimakrise sind nur Beispiele. Doch trotzdem hat die Initiative für eine Demokratie mit Zukunft, die die Einführung des aktiven Stimmrechtsalters von 16 Jahren im Aargau fordert, damit einen Zusammenhang. Mit unserer Initiative dürften neu etwa 10 000 Aargauer:innen abstimmen und wählen, nicht aber selber gewählt werden, so wie es bereits seit 2007 im Kanton Glarus der Fall ist.

Die Geschichte und auch Beispiele aus anderen Ländern (so Schweden oder Frankreich) zeigen, dass die Verringerung von gesellschaftlichen Ungleichheiten stets mit einem Ausbau an Mitsprache der Bevölkerung einherging. Unser Ideal einer Demokratie entspricht dem Prinzip, dass wir alle zusammen an einem runden Tisch die Zukunft, in der wir leben, verhandeln. Und genau da müssen auch die Jungen, die die Folgen von den oben erwähnten Krisen noch am längsten betreffen werden, mitreden dürfen (genauso wie auch Ausländer:innen). Mit dem Stimmrecht 16 binden wir junge Menschen zwei Jahre früher ins politische System ein und zeigen so, dass man mit ihnen redet und nicht nur über sie. Es geht nicht um ein Jung gegen Alt, es geht schlussendlich um ein Miteinander. Aber: Es wird sehr knapp. Jetzt unterschreiben und bei den Nachbar:innen den Bogen füllen auf: [stimmrechtsalter16-ag.ch](http://stimmrechtsalter16-ag.ch).

Nico Zobrist von Unterentfelden ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

LEHRPERSONENMANGEL

**Die SP verlangt zusammen mit weiteren Parteien zwei Jahre Begleiteten Berufseinstieg für Lehrerinnen und Lehrer**

**Für die nächsten Jahre zeichnet sich ein längerfristiger Mangel an Lehrpersonen ab. Die Zahl der Neuanmeldungen an den Pädagogischen Hochschulen steigt gleichzeitig leicht. Dies genügt jedoch nicht, um den Personalbedarf abzudecken. Der Regierungsrat möchte mit dem Projekt «Magis» die Sicherstellung des Personalbedarfs an den Schulen gewährleisten.**



Simona Brizzi von Ennetbaden ist SP-Grossrätin.

Kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen werden skizziert. In Ergänzung dazu hat die SP parteiübergreifend eine weitere Massnahme vorgeschlagen, die auch langfristig und unabhängig vom Lehrpersonenmangel sinnvoll sein kann: Die Begleitung des Berufseinstiegs für Lehrpersonen.

Junge Lehrpersonen und Berufseinsteigende müssen im Gegensatz zu vielen anderen Berufen vom allerersten Tag ihres Berufseinstiegs die volle Verantwortung für die Umsetzung des Berufsauftrags übernehmen. In Bezug auf Aufgaben und Belastungen besteht kein Unterschied zwischen einer Lehrperson am Anfang ihrer Berufslaufbahn und einer Lehrperson mit zehn Jahren Erfahrung.

Studien zeigen, dass gerade die ersten zwei Jahre des Unterrichtens sich als eine äusserst einschneidende Zeit erweisen. Was gelingt oder misslingt, wirkt prägend und führt oft dazu, dass einige Lehrpersonen nach kurzer Berufszeit wieder aus dem Beruf aussteigen.

Für einen erfolgreichen Einstieg braucht es eine niederschwellige und unkomplizierte Begleitung. Die Fachbegleitung ist eine niederschwellige Unterstützung in der Schule vor Ort. Evaluationen aus verschiedenen Kantonen kann entnommen werden, dass gerade der Umgang mit schwierigen Kindern und Jugendlichen die Klassenführung und die Elternarbeit von Berufseinsteigenden als sehr herausfordernd erlebt werden und hohe Handlungskompetenz erfordern. Aktuell wird in Schweizer Studien auch die hohe zeitliche Belastung der Berufseinsteigenden thematisiert. Gerade in der aktuellen schwierigen und anspruchsvollen Zeit des Lehrpersonen- und Fachkräftemangels ist

eine Fachbegleitung am Arbeitsort zentral und dient der schulinternen Unterstützung.

In einem Postulat laden wir nun den Regierungsrat ein, den begleiteten Berufseinstieg für Lehrerinnen und Lehrer dadurch zu ergänzen, dass eine erfahrene Lehrperson in der Rolle einer Fachbegleitung den Berufseinsteigenden in den ersten zwei Jahren als Ansprechperson zur Verfügung steht. Die Schulleitung kann auf Wunsch der berufseinsteigenden Lehrperson eine entschädigte Begleitung einsetzen. Diese Zusatzaufgabe als Fachbegleitung wird zusätzlich durch den Kanton Aargau – so, wie es andere Kantone auch handhaben – entschädigt.

Die Begleitung des Berufseinstiegs für Lehrpersonen, welche die meisten Nachbarkantone schon kennen, trägt dazu bei, die Stellen im Kanton Aargau attraktiver zu machen, die Berufseinsteigenden zu stärken und den Verbleib der jungen Lehrpersonen im Beruf zu gewährleisten. Mit der Umsetzung des Vorstosses könnte ein wichtiger Beitrag zur Verminderung des Lehrpersonenmangels geleistet werden.

**«Die Begleitung des Berufseinstiegs für Lehrpersonen, welche die meisten Nachbarkantone schon kennen, trägt dazu bei, die Stellen im Kanton Aargau attraktiver zu machen.»**

# Der Regierungsrat verpasst es, die richtigen Weichen zu stellen.

**Der Regierungsrat verpasst es auch 2022, für 2023 Entlastungsmassnahmen für die Bevölkerung und genügend Ressourcen für eine zielgerichtete Energie- und Klimapolitik sowie für die Bekämpfung des Fachkräftemangels bereitzustellen. Stattdessen fordert er wiederholt, die Wirtschaft müsse gestärkt und der Kanton für das Ansiedeln von Firmen attraktiv gemacht werden. Wir als SP Aargau hingegen wollen nicht nur Investitionen in einen attraktiven Wirtschafts- sondern insbesondere auch in einen attraktiven Wohnkanton. Menschen müssen im Aargau leben wollen – weil die Arbeits-, Betreuungs-, und Wohnqualität gut sind.**



Colette Basler von Zeihen ist als SP-Grossrätin Fraktions-Copräsidentin. Nora Langmoen von Baden ist Copräsidentin der SP Aargau.

Der Aufgaben- und Finanzplan 2023–2025 ist ein Instrument, mit dem der Kanton seine Aufgaben der nächsten vier Jahre plant. Dieser zeigt nun jenes Szenario, wovon die SP Aargau in der letzten Steuergeschenk-Abstimmung vehement gewarnt hat: Auf mehrfache Nationalbank-Ausschüttungen zu hoffen, um Unternehmenssteuergeschenke zu finanzieren, ist ein Trugschluss. Kaum ist die Steuerrevision umgesetzt, ist von Planungsunsicherheiten und Vorsicht bei der Budgetierung die Rede. Mit der allenfalls fehlenden Gewinnausschüttung der Nationalbank, der Ukraine- und der Energiekrise hat der Kanton grosse Herausforderungen zu bewältigen, der Ausgang ist ungewiss. Zudem wissen wir nicht, wie sich Corona im Herbst entwickeln wird. Mit dem vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan (AFP) bereitet der Regierungsrat nun bereits das Terrain für die nächsten Sparrunden vor. Dabei bräuchte es gerade jetzt griffige Massnahmen zur Entlastung der Bevölkerung aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten. Die Weltlage ist äusserst volatil und der Kaufkraftverlust riesig. Diese Entwicklung trifft einmal mehr die Schwächsten.

Dass der Regierungsrat zumindest die Löhne des Kantonspersonals berücksichtigt, muss schon fast lobend erwähnt werden. Wobei auch dies nur in homöopathischen Dosen erfolgt.

Der Regierungsrat schreibt des Weiteren, dass man in die Zukunft investieren wolle. Wir sind klar der Meinung, dass es für einen attraktiven Wohnkanton Investitionen in Bildung, Klima, Energie und Gesundheits-

wesen braucht, grosse Investitionen. Wir fordern deshalb eine zielgerichtete Finanzpolitik für die Aargauer Bevölkerung und nicht nur für die Grossunternehmen. Zu einem attraktiven und nachhaltigen Wohnkanton gehören gute Arbeitsbedingungen in Pflege und Bildung und das Schaffen von familienergänzenden Betreuungsstrukturen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ohne Schnellschüsse ein. Der Regierungsrat betonte bisher mehrfach, dass der Kanton finanziell auf einem stabilen Fundament stehe. Was heisst das für die neue Planung?

Genau deshalb müssen die Sparmassnahmen der vergangenen Jahre korrigiert werden, und der Kanton muss jetzt zielgerichtet investieren. Der Kanton Aargau kann das!

**«Wir fordern deshalb eine zielgerichtete Finanzpolitik für die Aargauer Bevölkerung und nicht nur für die Grossunternehmen.»**

NEUES ANGEBOT  
FÜR SEKTIONEN

## Themenmodul «Armut und Sozialhilfe»



Im Kanton Aargau erhalten rund 14 000 Personen Sozialhilfe. Oft werden sie als Sozialschmarotzer dargestellt – als Arbeits-scheue, die ihre finanzielle Schieflage selbst verschuldet haben. Natürlich gibt es vereinzelt Personen, die versuchen, das Unterstützungssystem zu ihren Gunsten auszunutzen, aber deshalb dürfen nicht alle anderen unter diesem Negativ-Image leiden. Niemand soll sich schämen, Sozialhilfe zu beziehen. Die Betroffenen müssen mit Würde behandelt werden und Hilfe erhalten, um ihre Lebenssituation zu verbessern.

Der Fachausschuss Gesundheit und Soziales hat sich vertieft mit dem Thema befasst und dabei realisiert, dass auch viele SP-Mitglieder wenig Wissen über Armut und Sozialhilfe haben: über die Rechtslage, Abläufe und Schwierigkeiten ... und wo konkrete Handlungsansätze liegen. Nebst politischen Vorstössen und Stellungnahmen bei Gesetzesrevisionen wurde nun das Themenmodul «Armut und Sozialhilfe» ausgearbeitet, das von den Sektionen kostenlos gebucht werden kann.

Erfahrene Fachpersonen, die Mitglieder im Fachausschuss Gesundheit und Soziales sind, kommen gerne an eine Sektionsversammlung, berichten über die Fakten, sensibilisieren anhand exemplarischer Beispiele für die Situation von Armut betroffenen Menschen und zeigen auf, was konkret gemacht werden kann. Für die Präsentation und Diskussion sollte etwa eine Stunde eingerechnet werden. Kontaktperson: Annick Grand 079 262 96 45, annick.grand@gmx.ch

Kathie Wiederkehr von Baden ist Copräsidentin des Fachausschusses Gesundheit und Soziales der SP Aargau.



# Neue Initiative der JUSO will die Reichen für den Klimawandel zahlen lassen



Sandro Covo von Bremgarten ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau.

Die JUSO Schweiz hat am 17. August 2022 ihre neue «Initiative für eine Zukunft lanciert». Die Initiative ist das nächste grosse Projekt der JUSO nach der 99%-Initiative, über die wir im letzten Herbst abgestimmt haben. Die Initiative ist gestartet unter dem Claim «Make the rich pay for climate change». Wir wollen, dass die Reichen für die Bekämpfung

und die Folgen der Klimakatastrophe bezahlen. Wir wollen den ökologischen Umbau der Wirtschaft: emissionsarme Berufsfelder, wie zum Beispiel die Pflege fördern, den Bau von ökologischem Wohnraum oder den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien. Und bezahlen sollen das Ganze die Reichsten der Superreichen. Die Initiative setzt dafür eine Erbschaftssteuer von 50 Prozent für Beträge über 50 Millionen Franken ein.

Die Initiative ist die Antwort auf die gescheiterte Klimapolitik der Bürgerlichen. Klimapolitik ist nur dann erfolgreich, wenn sie sozial gestaltet ist. Das bedeutet, dass die Massnahmen von denen finanziert werden, die in den letzten Jahrzehnten am stärksten

von der Ausbeutung von Natur und Umwelt profitiert haben. Nicht die alleinerziehende Mutter, die jeden Morgen früh mit dem Auto zur Arbeit fahren muss, ist schuld an der Klimakrise. Es bringt auch nichts, wenn sie mehr für das Benzin bezahlen muss. Sie wird deswegen nicht auf die tägliche Fahrt zur Arbeit verzichten, schliesslich hängen ihr Job und ihr Einkommen daran.

Wir können die Klimakrise nicht durch Preissteigerungen bekämpfen, wir müssen das ganze System so umgestalten, dass es ökologisch und emissionsarm wird. Unsere neue Initiative will genau das: Ein ökologisches Wirtschaftssystem und einen sozial ausgestalteten Wandel dafür.

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau  
Tel. 062 834 94 74, sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch  
Erscheint 6 Mal pro Jahr / Auflage links.ag: 3066  
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch  
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 5. September 2022  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10. Oktober 2022  
Erscheinen nächste Nummer: 4. November 2022

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Colette Basler, Simona Brizzi, Elisabeth Burgener-Brogli, Sandro Covo, Stefan Dietrich, Hermann Engler, Yvonne Feri, Hanspeter Hubmann, Leo Keller, Katharina Kerr, Nora Langmoen, Gabriela Suter, Cédric Wermuth, Kathie Wiederkehr.

## AGENDA

20. Oktober 2022, 19 Uhr,  
Aula des Pestalozzischulhauses,  
Bahnhofstrasse, Aarau  
**Ausserordentlicher Parteitag**

5. November 2022  
**Kommunalpolitische Tagung**

21. Januar 2023  
**Nominationspartei-tag der SP Aargau.**  
Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben.

**Im November finden keine schweizerischen oder kantonalen Abstimmungen statt.**